

Klimaschutz: Das sind die wichtigsten Wissenschaftsaktivisten der Schweiz

geschrieben von Admin | 4. November 2021

Sie drängen pausenlos an die Öffentlichkeit, mischen sich hemmungslos in die Politik ein und haben jegliche akademische Zurückhaltung abgelegt: die Aktivisten unter den Klimaforschern. Der «Nebelspalter» porträtiert die bedeutendsten Missionare der Weltrettung.

von Alex Reichmuth

Reno Knutti – der Omnipräsente

Reto Knuttis Tochter hat angeblich ein Bild von ihrem Vater gemalt: Es soll ihn mit weissem Hemd zeigen und einer Sprechblase, in der «Bla, bla, bla, bla» steht. In der Tat erscheint in diesem Land kaum ein Zeitungsartikel, ein Radiointerview oder eine Fernsehsendung zum Klimawandel, ohne dass Reto Knutti zu Wort kommt. Der ETH-Professor und Klimarat-Autor ist allgegenwärtig. Und er predigt stets das Gleiche: Der Ausstoss an Klimagasen muss sofort reduziert werden. Egal, ob es um den Klimaplan von Joe Biden, den Streik von Greta Thunberg oder die Nachhaltigkeitskampagne der Migros geht: Reto Knutti hat dazu eine Meinung, und die muss er los werden. Die Neutralität, die Forscher in politischen Dingen einnehmen sollten, hat er dabei längst abgelegt – ganz offiziell: Knutti war einer von über hundert Wissenschaftler, die sich im Frühling öffentlich für ein «Ja» zum CO₂-Gesetz ausgesprochen haben. Er war die Gallionsfigur der Gruppe. «Die Dringlichkeit der Klimaveränderung rechtfertigt entschiedenes Handeln», hiess es im Aufruf. Selbst der «Tages-Anzeiger», der Knutti stets ergeben ist, schrieb von einem «Tabubruch». Gemäss der «NZZ» hat der Klimaforscher «die Grenzen dessen, was Wissenschaft in der Politik darf und soll, verschoben». In einer Lichtshow in Bern wurde Knuttis Konterfei kürzlich an die Fassade des Bundeshauses projiziert, zusammen mit denen von Mandela, Gorbatschow und Dunant. Der Wissenschaftsaktivist hat mittlerweile den Status eines Heiligen erreicht.



Prof. Dr. Thomas Stocker:

"Es ist mir ein Anliegen, dass Informationen der Wissenschaft korrekt und unverfälscht in die Gesellschaft getragen werden."

SONNTAGSZEITUNG (Schweiz) vom 12.06.2016

Ex IPCC Vizechef Thomas Stocker; Es ist mir ein Anliegen, dass Informationen der Wissenschaft korrekt und unverfälscht an die Gesellschaft getragen werden Zitat aus einem Stocker Interview in der Sonntagszeitung (Schweiz) vom 12.6.2016)

Thomas Stocker – der Klimapapst

Mit dem gleichem Wahrheitsanspruch ist Thomas Stocker unterwegs, der «Grand Old Man» des Wissenschaftsaktivismus. Der Berner Professor, der lange Zeit eine hohe Position beim Weltklimarat innehatte, will der Politik vorschreiben, was sie zu tun hat. Länder, die ihre Klimaziele verfehlten, sollten mit Sanktionen bestraft werden, forderte er etwa. Trotzdem weist Stocker den Vorwurf zurück, Politik statt Wissenschaft zu betreiben: «Wenn ich Politik machen würde und keine Wissenschaft, würde mich der Kanton Bern sicher nicht mehr finanzieren.» Auch Thomas Stocker weibelte für das CO₂-Gesetz, das er zum «Anfang einer neuen Ära»

verklärte. Nach dem «Nein» des Stimmvolks gab er den Autohändlern und Öl-Importeuren die Schuld für die Ablehnung. Damit die Schweiz doch noch auf den richtigen Weg kommt, fordert Thomas Stocker nun die Einrichtung einer ständigen Klima-Taskforce durch den Bundesrat. Dieses Gremium würde wohl wie die Corona-Taskforce durch Besserwisserei und ständige Belehrung auffallen. Selber aber sündigt der Schweizer «Klimapapst» immer wieder. Er weilte zum Vergnügen auf einer Kreuzfahrt vor den Küsten der Antarktis, die mit einem CO₂-intensiven Flug nach Süd-Argentinien einherging. Stocker versuchte sich herauszureden: Umweltschutz heisse nicht, «dass man aufhört zu leben, zu reisen oder sich etwas zu gönnen.»



EIKE VP Michael Limburg im Gespräch mit Prof. Thomas Stocker, anlässlich eines Vortrages in Liechtenstein

Sonia Seneviratne – die Angsterfüllte

Wenn man Seneviratne über den Klimawandel reden hört, kann einem ganz bange werden. Ihr selber geht es offenbar auch so. «Ich muss schon sagen, dass ich langsam etwas Angst bekomme», sagte die Professorin der ETH Zürich in einem Interview. «Wie viele Menschen müssen sterben, bis man handelt?»

Die Welt erlebe gerade Ereignisse, «die wir noch nie gesehen haben». Seneviratne spielte damit auf Unwetter-Ereignisse und Hitzewellen im vergangenen Sommer an. Die Folgen seien bereits heute schlimm. «So gesehen ist es bereits zu spät. Aber der Punkt ist: Unternehmen wir jetzt nichts, wird es noch schlimmer.» Und die Forscherin mit srilankischen Wurzeln weiss, was zu tun ist: eine Klima-Taskforce einsetzen, die Gletscher-Initiative umsetzen, das Pariser Abkommen ernstnehmen und Netto-Null möglichst schon bis 2040 anstreben. Den

Vorwurf, politische

Propaganda zu betreiben, weist sie aber weit von sich. «Die Wissenschaft gibt keine politischen Empfehlungen ab, sie liefert Informationen zu relevanten politischen Entscheidungen», deklarierte Seneviratne schon 2018.

Gleichzeitig ergreift sie hemmungslos Partei für Klimademonstranten. Die Klimajugend sei «zurecht» enttäuscht von der Politik, argumentierte sie. Darum trat sie letztes Jahr in einem Gerichtsprozess gegen Klimaaktivisten auf, die eine Filiale der Credit Suisse gestürmt hatten – als neutrale «Zeugin der Wissenschaft» natürlich.

Andreas Fischlin – der Untergangsprophet

Auch der emeritierte Titularprofessor der ETH Zürich sieht dunkle Zeit auf uns zukommen, wenn der Klimawandel nicht abgewendet wird. «Das Wohlergehen der Menschheit steht auf dem Spiel», mahnte der Biologe in einem Interview. Es «graue» ihm bei der Vorstellung, «wie es meinen Kindern und Enkeln ergehen wird, wenn sie einmal so alt sind wie ich». Er fürchte einen

Zusammenbruch der Zivilisation. «Wenn es uns nicht gelingt, den Klimawandel zu stoppen, dann sehe ich schwarz.» Folglich ist Andreas Fischlin fast pausenlos in Sachen Weltrettung unterwegs. In seiner Mission jettet er seit Jahren zwischen den Kontinenten umher, etwa als Schweizer Vertreter bei den Klimakonferenzen. «Ich muss in meiner jetzigen Tätigkeit leider viel fliegen, kompensiere aber alles», rechtfertigte er sich. Fischlin ist durchaus eitel: Er weist stets darauf hin, Mitempfänger des Friedensnobelpreis von 2007 zu sein. Damals wurde der Preis an den Weltklimarat vergeben, wo Fischlin eine wichtige Rolle spielt. Er ist ein gern gesehener Gast in den Medien – vor allem beim Schweizer Fernsehen.

Hier arbeitet sein Bruder Franz als Tagesschau-Moderator. In Erinnerung bleibt ein Auftritt Fischlins in der Sendung «10vor10», wo er im Gespräch mit Susanne Wille unwidersprochen Propaganda betreiben durfte. Mit keinem Wort wies SRF darauf hin, dass es sich bei Wille um Fischlins Schwägerin handelt.

Rolf Wüstenhagen – der Musterschüler

Rolf Wüstenhagen hat einen Anspruch auf Absolutheit: «Wissenschaft lässt sich nicht verhandeln», hielt er 2017 vor der Abstimmung über das Energiegesetz fest, das den Ausstieg aus der Atomenergie einleiten sollte.

Im Abstimmungskampf werde aber «gelogen, dass sich die Brennstäbe biegen». Der gelernte Wirtschaftsingenieur hält an der Hochschule St. Gallen eine Professur für das Management erneuerbarer Energien. Seine «Forschung» ergibt stets, dass Wind- und Sonnenstrom ein Segen für die Menschheit sind und Atomenergie des Teufels ist. Der gebürtige Deutsche wirkt in seinem

Eifer stets wie ein Musterschüler des Mainstreams. Beim Energiegesetz gehörte «Professor Wahrheit» («Weltwoche») schliesslich zu den Gewinnern

– nicht so aber beim CO₂-Gesetz, das im letzte Juni an der Urne Schiffbruch erlitt. Im August reichte er eine Erklärung für das «Nein» nach: Die «Emotionen» bei der Meinungsbildung seien im Abstimmungskampf unterschätzt

worden. Die Bürgerinnen und Bürger hätten sich zuwenig mit dem Klimawandel auseinandergesetzt. Sie hätten die Breite und die Details des CO₂-Gesetzes nicht verstanden. Wenn das Volk also nicht im Sinne von Wüstenhagen handelt, dann ist es aus Sicht des Professors schlicht zu dumm.

Jürg Rohrer – der Esoteriker

Wenn sich Jürg Rohrer für Alternativstrom stark macht, scheint immer ein Duft von Weihrauch in der Luft zu liegen. Denn bei ihm geht es um eine Art Glaubensbekenntnis. Die Energiewende müsse «zwingend über den Interessen Einzelner stehen», predigte er in einem Interview. Als Professor für erneuerbare Energie an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

setzt sich Rohrer dafür ein, dass die Schweiz mit freistehenden Fotovoltaikanlagen verbaut wird. Kein Wunder – er hat ja angeblich nachgewiesen, dass die Förderung von Solarenergie zu 14'000 neuen Jobs führt. Mit der gleichen Logik könnte man zwar auch Tausende von Arbeitern

beschäftigen, nutzlose Löcher auszuheben und wieder zuzuschütten. Das würde ebenfalls zu ganz vielen Arbeitsplätzen führen. Jürg Rohrer aber ist auf Kurs, auch privat: Er fährt ein Elektroauto, isst kaum Fleisch und kompensiert seinen CO₂-Fussabdruck konsequent mit dem Kauf von Zertifikaten. Offenbar hat er den Sinn des Lebens, nach dem er als Buchautor einst gesucht hat, inzwischen gefunden. So betreibt Rohrer einen Blog namens «Wendezeit», wo er nicht nur über «unerschöpfliche» erneuerbare Energie sinniert, sondern auch über Tod und Wiedergeburt. Dabei schreibt er stramm gegen die «Leugnung der Reinkarnation» an – fast so entschlossen wie gegen die Leugnung des Klimawandels.

Der Beitrag erschien zuerst beim Schweizer Nebelspalter hier

**Es war einmal oder wie das Märchen
des vom Menschen gemachten
Klimawandels in die Welt kam.**

geschrieben von Admin | 4. November 2021

von Hans Jankowiak

Wer trat den ersten Stein los?

Wer brachte den Stein ins Rollen?

Wer warf den ersten Stein in den Teich, auf dass dieser „Klimawandel-Wellen“ schlug?

Und vor allem, warum?

Nun, die letzte Frage lässt sich nicht mehr genau beantworten; die haupthandelnden Personen sind größtenteils bereits verstorben. Man kann sie nicht mehr selbst nach ihren wahren Beweggründen befragen. Nur Historiker mit Zugriffsrechten auf staatliche Unterlagen, Protokolle, Notizen können diese Beweggründe „nach Aktenlage“ nachvollziehen.

Meine Quellen beschränken sich auf Bücher, Zeitschriften und das allumfassende Internet.

Ich kann also nicht behaupten – und behaupte auch nicht – dass die Geschichte mit den darin handelnden Personen exakt so verlief, wie ich sie schildere. Sie stellt somit meine Meinung, meine Sicht auf die Dinge dar.

Doch eines scheint sich mir nach Eintauchen in den Verlauf der Geschehnisse heraus zu schälen.

Der Anfang lag nicht in der wissenschaftlicher Erkenntnis einer aufziehenden „drohenden“ für die Menschheit gefährlichen Erderwärmung durch von Menschen in die Atmosphäre eingebrachtes Kohlenstoffdioxid CO₂, sondern mit welchem Hebel können die Güter dieser Welt nach anderen nach den in den handelnden Personen innewohnenden – Maßstäben für Gerechtigkeit umverteilt werden.

Es musste einen Grund geben, der den (wenigen) Besitzenden gewissermaßen eine moralische Schuld zuschrieb, dass sie den (vielen) Habenichtsen einen größeren Anteil an den Gütern der Welt zukommen lassen müssen.

Kurzum, es waren sozialpolitische, z.T. religiöse Gesichtspunkte über Gerechtigkeit, über die gerechte Verteilung der Güter dieser Welt.

Wir schreiben die Zeit so um/vor1970. Bis dahin war die Welt „erderwärmungsmäßig“ im Großen und Ganzen noch in Ordnung. Kein Mensch dachte an eine „hausgemachte“ Erderwärmung; im Gegenteil, Stimmen von Forschern und Wissenschaftlern sahen eine „Eiszeit“ auf die Erde zukommen.

Forscher wie

Charles Fourier (1772 – 1837)

John Tyndall (1820 – 1893)

Svante Arrhenius (1859 – 1927)

Milutin Milankovic (1879 – 1958)

Charles Keeling (1928 – 2005)

stellten zwar Theorien über die klimatischen Verhältnisse auf der Erde und deren Schwankungen auf bzw. führten Messungen über den Kohlenstoffdioxid- (CO₂) Anteil in der Atmosphäre durch, aber diese doch aus überwiegend wissenschaftlichen Gründen zur Förderung des eigenen Ansehens.[1] [2]

Indes, die Menschheit wuchs.

Betrug die Weltbevölkerung zu Kaiser Wilhelm`s II Zeiten noch um die 1,7 Mia. Menschen, so lebten nach dem zweiten Weltkrieg bereits etwa 2,5 Mia. Menschen und die Zahl wuchs rapide bis in die 70er Jahre auf bald 4 Mia. Menschen an. [3]

Es begann die Intensivnutzung der Erde.

So sah sich der „Club of Rome“ [4] bemüßigt, 1972 mit seinen schwarzseherischen „Grenzen des Wachstums“ [5] mit düsteren Vorhersagen auf die Verknappung der Rohstoffe die Weltbühne zu betreten.

Diese Weltbühne betrat 1969 auch Olof Palme [6] als schwedischer Premierminister. Sein Weltbild war geprägt durch sein Studium und seinen Aufenthalt in den USA. Diese Zeit regte ihn an, sich als demokratischer Sozialist der Politik zu widmen. Er war ein äußerst rühriger Mann nicht nur innerhalb Schwedens sondern auch international. Sein Leitgedanke für Schweden war „eine starke Gesellschaft“, international u.a. für ein Ende der Kolonialzeit und für Frieden.

Auch er war besorgt um die Übernutzung der Ressourcen und der Umwelt und trieb den bereits durch Schweden 1968 in die UN eingebrachten Vorschlag einer „Conference on the Human Enviroment“[7] voran, die dann auch vom 05. bis 16. Juni 1972 in Stockholm (Stockholm Conference) statt fand. [8](Unter der Leitung von Maurice Strong,[9] von dem wir weiter unten noch mehr erfahren)

Sie endete mit der „Stockholm Declaration“, [10],[11] bestehend aus 26 Principles, einem Action Plan mit 109 recommendations und einer Resolution. Keine der 26 Principles betraf eine Bedrohung der Menschheit durch eine vom Menschen verursachte Erderwärmung, jedoch betrafen die Principles 9 bis 12 bereits das Thema „Hilfe für die zu entwickelnden Länder durch die entwickelten Länder durch Geld“ (sozusagen das wichtigste Kleingedruckte).

Als Folge dieser Stockholm Conference wurde 1972 die UNEP – UN

Environment Programme – gegründet [12] , [13], [14] mit Maurice Strong als erster Chairman.

Und dann trat 1973 ein weltweit wichtiges Ereignis ein – genannt „Öl embargo“, eine „Ölkrise“ – ausgelöst durch die Erdöl besitzenden Länder des nahen Ostens. Die Krise traf vor allem und hauptsächlich die „entwickelten“ Industrieländer; das war natürlich auch das Wirkungsziel.

Olof Palme sah durch dieses Öl embargo den schwedischen Wohlfahrtsstaat bedroht, der auf der Industrie mit den benötigten billigen Energien für die Produktion beruhte. Er war ein Freund der Kernkraftenergie und wollte die Kernkraft beschleunigt ausbauen (Sinn gemäß): „Wir brauchen bis 1990 mindestens 24 Kernkraftwerke, um eine Industrienation zu bleiben.“ [15]

Zum Bau dieser Kernkraftwerke brauchte er die Akzeptanz der schwedischen Bevölkerung.

Wie sag ich es meinem Kinde, damit es mir folgt?

Und hier zeigte sich, welche förderlichen und zweckdienlichen Eigenschaften in Jugend- und Sportsfreundschaften schlummern können. [15] [16]

Er traf wiederholt mit Bert Bolin [17] zusammen, einem schwedischen Professor für Meteorologie. Dieser war „nebenberuflich“ bereits seit 1967 Chairman für „Global Atmospheric Research Programme - GARP“. [18], [19]

Bert Bolin erläuterte seinem Jugend- und Sportsfreund Olof Palme, dass der Einsatz von Erdöl (und Erdgas und Kohle) als Energieträger etwas mit dem Ausstoß vom Abgas Kohlenstoffdioxid CO₂ zu tun hat und erklärte ihm die wunderbaren Eigenschaften dieses Gases für den politischen Zweck der Akzeptanz der Kernenergie (sinngemäß und vereinfacht).

Diese Theorie fand dann auch 1975 ihren Niederschlag in der schwedischen Regierungserklärung. [15]

Und so erhielt Olof Palme eine Hilfe zur Akzeptanz der Kernenergie und vertrat diese Vorgehensweise.

Weil eine Nation alleine nicht das Weltklima retten kann, vertrat Olof Palme als rühriger Mann auch international diese „Botschaft“ neben und/oder als Bestandteil seines Einsatzes für eine gerechtere Verteilung der Güter und den Frieden dieser Welt.

1979 wurde die Welt aufgeschreckt durch die zweite „Ölkrise“, durch die Aufteilung in die erste (reiche entwickelte Industrieländer), zweite und dritte (unterentwickelte Agrarländer) Welt und zunehmende Krisenspannungen; die UN erhielt 1980 den Brandt -Report „North-South: A Programme for Survival“ [20] (Mitglied in dieser Commission war Olof

Palme) und 1982 den Palme-Report „Policies for Common Security“.[21]
(Mitglied in dieser Commission war Gro Harlem Brundtland)

1982 wurde Olof Palme erneut Premierminister und „schubste“ die UN 1983 zur Resolution 38/161 [22] und diese rief die „Worldcommission on Environment and Development“ ins Leben, ernannte Gro Harlem Brundtland zur „Chairwoman“(zu der Zeit „Premierministerin a.D“). Unter den Mitgliedern der Kommission taucht u. a der Name Maurice Strong auf. (Sieh da, sieh da, der war doch Chairman bei der Stockholm Conference)

Nach vier Jahren Schaffen erschien 1987 das Ergebnis dieser Worldcommission (Gro Harlem Brundtland war wieder „Premierministerin im Amt“) mit dem Titel „Our Common Future“; genannt Brundtland-Report.[23] Hierin wurde der Begriff „Sustainable Development“ geprägt und definiert. Allerdings neben dem Hauptanliegen „Sustainable Development“ taucht im Chairmans Foreword zum ersten Male als Bedrohung der Welt auf:

„Scientists bring to our attention urgent but complex problems bearing on our very survival: **a warming globe**, threads to Earth`s ozone layer, deserts consuming agricultural land.“ – also eine **Erderwärmung**. Im Kapitel I The Global Challenge , 1. Successes and failures unter Punkt 7 wird dann detailliert aufgeführt:

„The burning of fossil fuels puts into the atmosphere carbon dioxide, which is causing gradual **global warming**. This `greenhouse effect` may be early next century have increased average global temperatures enough to shift agricultural production areas, raise sea levels to flood coastal cities, and disrupt national economies.“

Weiter unten taucht unter Punkt 87 der Vorschlag auf:“..., new conventions and agreements on **climate changes**,...“

(Und natürlich geht es auch um das liebe Geld, dessen Behandlung dann ziemlich weit hinten in den Punkten 94 bis 121 abgehandelt wird.)

Parallel zum Brundtland-Report führten 1985 nach einer „ 2. International conference of the assessment of the role of carbon dioxide and other greenhouse gases in climate variations and associated impacts“ gehalten im Oktober 1985 in Villach, Österreich [24] im gleichen Jahr unter der Führung der UNEP (dessen erster Chairman ...Maurice Strong war), der WMO und der ICSU zur „Advisory Group on Greenhouse Gases“ [25] und dessen Chairman – sieh an, sieh an – war Bert Bolin.

1988 – also ein gutes Jahr nach dem Brundtland-Report war die UN soweit „vorbereitet“, mit der Resolution 43/53 [26] den sog. Weltklimarat IPCC ins Leben zu rufen. Die Resolution umfasst 13 Punkte und – vereinfacht ausgedrückt – gab dem IPCC die Handlungsweise vor, die anthropogenic global warming zu dokumentieren.

Das IPCC sollte von Anfang an nicht eine offene Klima-Forschung betreiben, sondern zielgerichtet der Politik zuarbeiten. Der erste

Chairman war ... schau an, schau an ... Bert Bolin. Unter seiner Führung lieferte das IPCC als treibend Hefe der Politik die sattem bekannte und auf gefälschten Daten beruhende Hockeystick-Kurve [27] des Wissenschaftlers Michael Mann von der globalen Erdtemperatur seit Beginn der Industrialisierung und die Darstellung einer physikalisch unmöglichen Rückstrahlung durch das Klimagas Kohlenstoffdioxid CO₂ in der Strahlungsbilanz-Darstellung von Kevin E. Trenberth.[28]

Die politische „Inbetriebnahme“ der anthropogenic global warming fand auf der „United Nations Conference on Environment and Development“ 1992 in Rio de Janeiro – kurz genannt Earth Summit – statt.[29] Unter dem Chairman – fast schon wie immer – Maurice Strong wird in den 27 Principles der Declaration in feinem Diplomaten-Englisch der wichtige, harte Kern formuliert und in verschiedenen principles verteilt (singemäß):

„Die entwickelten (Industrie-)Länder sollen sich zurücknehmen und ihre Produktion und ihren Konsum einschränken zugunsten der zu entwickelnden (Agrar-)Länder und die entwickelten (Industrie-)Länder als Verursacher der Verschmutzung `pollution` – also Kohlenstoffdioxid CO₂ – sollen dafür auch die Kosten tragen.“

Auf diesem Earth Summit wurde unter der Bezeichnung „Rio Convention“ [30] u.a. die „United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) [31] sozusagen als „Arbeitsanweisung“ und „Ausführungsbestimmungen“ verankert u.a. mit der Verpflichtung: „Stabilization of greenhouse gas concentration in the atmosphere at a level that would prevent dangerous anthropogenic interference with the climate system.“

In dieser Convention – also Übereinkommen – geht es also nicht mehr um „Ob“ sondern nur noch um „Wie“ und Wann“ die entwickelten (Industrie-)Länder die Zurücknahme ihrer Produktion und ihres Konsums durch Decarbonisierung der Industrie zu erreichen haben zugunsten einer Zunahme der Produktion und des Konsums durch Carbonisierung der Industrie in den zu entwickelnden (Agrar-)Ländern.

Und es geht auch nicht mehr um das „Ob“ sondern nur noch um das „Wie“ und „Wann“ die die Atmosphäre verschmutzt habenden entwickelten (Industrie-)Länder die Kosten zu tragen haben, also wann und wie viel Geld die entwickelten (Industrie-)Länder an die zu entwickelnden (Agrar-)Länder zu überweisen haben als moralische Schuld.

Der größte Teil des Textes der „Rio Convention – UNFCCC “ ist eigentlich nur schmückendes Beiwerk für die technische Handhabung, z.B. jährliche Conference of Parties – COP. Das sehen wir, wenn das Ergebnis dieser nahezu jährlichen COP als Mißerfolg bejammert wird oder als Erfolg gefeiert wird. Der Streit geht immer und fast ausschließlich um das Geld!!!

Aus jüngster Zeit das Beispiel Paris Agreement 2015.[32]

Das Ziel der UN-Klimakonferenz von Paris war nicht vorrangig die

Begrenzung einer Erderwärmung um 2°C bzw. 1,5°C. Die UN-Klimakonferenz Paris

2015 nennt nämlich zuerst in Article 2 ,Absatz 1:“ ... in the context of sustainable development and efforts to eradicate poverty“ – also die Armut beseitigen („ausrotten“) -und erst danach werden im Unterabsatz (a) die Ziele 2°C bzw 1,5°C aufgeführt!!

Es geht weiter im Article 4, Absatz 5:“Support shall be provided to developing Country Parties... in accordance with Articles 9, 10, and 11, recognizing that enhanced support for developing Country Parties will allow for higher ambitions in their actions

Und schaut man in die Articles 9, 10 und 11, so geht es da um Geld :

„Developed country Parties shall provide financial resources to assist developing country Parties...“

Das Ergebnis ist der Green Climate Fund,[33] in den 45 Nationen Geld einzahlen und aus dem 150 Nationen Geld entnehmen.Unter den Geld-Geberländern findet man u.a. die „developed – entwickelten“ Länder Mongolei, Chile, Kolumbien, Peru, Viet Nam und sucht vergebens nach den Geld-Geberländern wie Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, Brunei.

Und im „Verteilungsrat“ des Green Climate Fund sitzt China auf der Seite der Entwicklungsländer. Und Deutschland zahlte brav von 2015 bis 2019 jährlich 187,5 Mio EUR und somit insgesamt 750 Mio EUR in diesen Fund ein!!! (per Datum 2020 sind es bereits 825 Mio EUR !!!)

Wen wundert es, dass das Paris-Abkommen 2015 eine breite Mehrheit erhalten hat, auch wenn von den angedachten 100 Milliarde \$US nach derzeitigem Stand der Liste „Status of Pledges and Contributions“ [34] ganze 8,280 Mia \$US als erfolgte Zahlung eingegangen sind.

Das Paris Agreement verpflichtet nämlich kein Land zur Einhaltung, weder der Klimaziele noch der Geldzahlungen.

Hierzu sind auch die Ausführungen beispielhaft und aufschlussreich, die Prof. Dr. Otmar Edenhofer – zur Zeit ein Chairman des privaten eingetragenen Vereins

„Potsdam- Institut für Klimafolgenforschung (PIK) e.V.“ – in einem Interview in der NZZ am 14.11.2010 [35] gegeben hat:

“ Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um,...Man muss sich von der Illusion freimachen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist. Das hat mit Umweltpolitik, mit Problemen ..., fast

nichts mehr zu tun.“

Besser kann man es nicht offen legen!

Dr. h.c. Olof Palme konnte die Ernte seiner Saat „antropogenic global warming“ nicht mehr einfahren. Er verstarb 1986 nach einem Attentat in Stockholm.

Dr. Bert Bolin. Professor an der Stockholm Universität (1961 – 1990), „von Hause aus“ Meteorologe, machte 1950 seinen Master sc. mit Schwerpunkt „numerical weather forecast“ – also „Rechner benutzende Wetter-Vorhersagen“, zu einer Zeit, in der Computer noch „unbekannte“ Apparate waren. **Mit seiner Doktorarbeit legte er den Schwerpunkt auf atmosphärische Chemie. Und mit diesem Background wurde er die wissenschaftlich treibende Kraft von „anthropogenic global warming“.** Als „Hans Dampf in allen Gassen“ taucht sein Name in zahlreichen – in wahrstem Sinne des Wortes – wissenschaftlichen Gremien, Konferenzen, Vorträgen, internationalen Treffen auf.

Sein Lebensziel erreichte er 1988 mit der Ernennung zum ersten Chairman des „Weltklimarates“ IPCC. Auch als er 1990 als Professor emeritus in Pension ging, blieb er Chairman des IPCC bis 1997, um dann mit 72 Jahren offiziell das aktive „Klima-Geschäft“ zu beenden.

Über das Leben und Wirken des Kanadiers **Dr. h.c. Maurice Strong** hier zu berichten, würde allein ein Abend füllendes Programm ergeben. **Er ist aus verschiedenen Gründen und in verschiedenen Ämtern die organisatorisch treibende Kraft hinter und vor den Kulissen von anthropogenic global warming und dem eigentlichen Ziel, den Wohlstand und Reichtum dieser Welt neu zu verteilen.**

Es möge sich jeder selbst ein Bild verschaffen; Zeitschriften, Bücher und das Internet bieten eine Unmenge an Informationen über diese „schillernde“ Persönlichkeit.

Nur soviel sei als journalistisch gern benutzter Kniff als Hinweis gegeben: Maurice Strong war mehrere Jahre „Gast“ in China, um über einen Geld(zu)fluss im Zuge einer Amtsführung den Mantel der Beruhigung und des Vergessens wirken zu lassen.

Alle weiteren häufig als Urheber oder Treiber genannten Personen sind im Großen und Ganzen eigentlich „Follower“, Nutznießer, Trittbrettfahrer, Ausnutzer der anthropogenic global warming; sei es als Person, als Wissenschaftler, als Wirtschaftsunternehmer, als Politiker, als Nation, als Regierung, als „Non Governmental Organisation“ ohne demokratische Legitimation, als Teilnehmer an Klimakonferenzen, und und und. Sie alle verteidigen heute mit Zähnen und Klauen ihre Pfründe.

Und wenn die handelnden Personen nicht gestorben sind, so leben sie noch heute.

Zum Schluss noch ein „Schmankerl“.

Als der Grünen-Chef Robert Habeck lautstark das Scheitern der Klimakonferenz Madrid 2019 beklagte, verkündeten Indien und China die Planung und den Bau dutzender Kohlekraftwerke, meldet „Jornal de Angola“ freudig :“ Kohlenmine in Tete in Betrieb gegangen“, suchte die brasilianische Firma „Petrobras“ tausende neue Mitarbeiter zur Erschließung der Erdölfelder vor der Küste, schreibt die Zeitung „O País“, Moçambique über Erdgasfunde vor der Landesküste und Entdeckung von Kohlevorkommen, ...schweigt Israel weiterhin, dass es über die drittgrößten Erdölreserven der Welt vor der Küste verfügt.

Die Welt hat eben eine andere Sichtweise auf anthropogenic global warming als Deutschland.

Übrigens, die Einteilung der Welt in „von entwickelten Ländern“ und „zu entwickelnden Ländern“ findet nur noch in der „Klima- und Umverteilungspolitik“ statt. Die Weltbank benutzt schon lange die Wirklichkeits getreue heutige Einteilung in „low income“, „lower middle income“, „upper middle income“ und „high income“. [36]

1] The Discovery of Global Warming – Timeline

<https://history.aip.org/climate/timeline.htm>

[2] The Discovery of Global Warming – Introduction

<https://history.aip.org/climate/summary.htm>

[3] statista – Weltbevölkerung

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1694/umfrage/entwicklung-der-weltbevoelkerungszahl/>

[4] Club of Rome

https://de.wikipedia.org/wiki/Club_of_Rome

[5] Bayerische Staatsbibliothek – 100(0) SCHLÜSSELDOKUMENTE

Grenzen des Wachstums

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0073_gwa&st=GRENZEN%20DES%20WACHSTUMS&l=de

[6] Olof Palme

https://en.wikipedia.org/wiki/Olof_Palme

[7] Brief an UN 1968

<https://digitallibrary.un.org/record/729874>

8] Stockholm Conference

https://en.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Conference_on_the_Human_Environment

[9] Maurice Strong

https://en.wikipedia.org/wiki/Maurice_Strong

[10] Stockholm Conference Dokument

<https://digitallibrary.un.org/record/523249>

[11] Document Stockholm Conference

https://en.wikisource.org/wiki/Declaration_of_the_United_Nations_Conference_on_the_Human_Environment

[12] UNEP

https://en.wikipedia.org/wiki/United_Nations_Environment_Programme

[13] UNEP

<https://research.un.org/en/docs/environment/unep>

[14] UNEP Resolution 2997

<https://undocs.org/en/a/res/2997%28XXVII%29>

[15] Nils-Axel Mörner „The Bolin-Palme Treason against Science, ...“

BolinPalmeFreundschaft24KKW1975regierungserklärung

https://www.researchgate.net/publication/327798150_The_Bolin-Palme_treason_against_Science_the_IPCC_and_Paris_illusions_and_a_Clexit_solution

[16] BolinPalmeFreundschaft

Christopher Booker „The Real Global Warming Disaster“, Bloomsberry Publishing, 31.01.2013, S. 32 ff

[17] Bert Bolin

https://en.wikipedia.org/wiki/Bert_Bolin

[18] GARP

https://en.wikipedia.org/wiki/Global_Atmospheric_Research_Program

[19] AMS Journals – GARP Topics Bolin

https://journals.ametsoc.org/view/journals/bams/51/1/1520-0477-51_1_26.xml?tab_body=pdf

[20] Brandt Report

https://en.wikipedia.org/wiki/Brandt_Report

[21] Palme-Report

„Policies for Common Security“

Publisher: Taylor & Francis, ISBN 0-85066-301-6 (250pp, 1985)

[22] UN-Resolution 38/161

<http://www.un-documents.net/a38r161.htm>

[23] Schweizerische Eidgenossenschaft – Brundtland-Report „Our Common Future“

https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/internationale-zusammenarbeit/agenda2030/uno-_-meilensteine-zur-nachhaltigen-entwicklung/1987-brundtland-bericht.html

[24] WMO Villach-Conference 1985

https://library.wmo.int/index.php?lvl=notice_display&id=6321

[25] Advisory Group on Greenhouse Gases

https://en.wikipedia.org/wiki/Advisory_Group_on_Greenhouse_Gases

[26] UN-Resolution 43/53

<https://undocs.org/A/RES/43/53>

[27] Hockeystick

IPCC, AR 3 – 2001 – WG1 S.134, Fig. 2.21

[28] Rückstrahlung

IPCC, AR 3 – 2001- WG 1, S. 90, Fig. 1.2

[29] Rio Declaration 1992

<https://www.un.org/en/conferences/environment/rio1992>

Dort anklicken „Rio Declaration“

[30] Rio Convention

https://en.wikipedia.org/wiki/Rio_Convention

[31] UNFCCC

<https://www.un.org/en/conferences/environment/rio1992>

Dort anklicken „UN Framework Convention on Climate Change“

[32] Paris Agreement 2015

<https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement/the-paris-agreement>

Dort anklicken „Paris-Agreement“

[33] Green Climate Fund

<https://www.greenclimate.fund/>

[34] Green Climate Fund – State of Pledges

<https://www.greenclimate.fund/document/status-pledges-and-contributions-initial-resource-mobilization>

[35] Neu Züricher Zeitung – Interview – Edenhofer 14.11.2010

https://www.nzz.ch/klimapolitik_verteilt_das_weltvermoegen_neu-1.8373227

[36] Weltbank Einteilung Einkommen

<https://data.worldbank.org/country>

Opa Charlie erzählt vom Krieg

geschrieben von Admin | 4. November 2021

Prinz Charles entzückt die Weltretter mit seiner Forderung nach „kriegsähnlichen Zuständen“ in Sachen Klima, wiederholt sich dabei aber ein wenig. Die Beliebtheit der Kriegsmetaphern ist seit langem eine absichtsvolle Strategie der Upper Class.

von Dirk Maxeiner

Der große Alabtrieb ins Tal der Klima-Finsternis ist in Glasgow in vollem Gange und der europäische Hochadel übertrifft sich mit dem globalen Geldadel in einem Kriegsgeheul, das fast so laut ist wie die Turbinen ihrer landenden Privatjets. Das Volk wird derweil auf Entbehrungen eingestimmt, der nationale Eintopfsonntag zur Rettung des

Klimas ist nur noch eine Frage der Zeit, selbstverständlich ohne Fleisch. Charlie und Jeff wissen auf ihrem Thron, was gut ist für die Normalo-Knalltüten, die man gründlich erschrecken muss, damit sie kapieren, warum sie künftig die dünne Suppe auslöffeln müssen, die die Aristokratie für sie angerichtet hat. Der Prince of Wales entzückt die Prinzen des Silicon-Valley mit seiner Forderung nach „kriegsähnlichen Zuständen,, wiederholt sich dabei aber ein wenig. Der gute Charlie kommt halt in die Jahre und hat wahrscheinlich vergessen, dass er denselben Stuss schon vor fast 15 Jahren erzählt hat. Schon im Januar 2007 ließ er die Menschheit in Anwesenheit seines Spezis Al Gore wissen: „Vielleicht sollten wir dies als einen Krieg betrachten, den wir einfach gewinnen müssen.“ („Perhaps we should see this as a war we simply have to win.“)

Vergleiche des Klimawandels mit Terror und Krieg gehören nun seit Jahrzehnten zum eingeübten Repertoire. Der britische Umweltminister zog ebenfalls schon 2007 Parallelen zum Zweiten Weltkrieg: „Wenn es so schlimm kommt, wie vorhergesagt, dann müssen wir möglicherweise zu Rationierungsmaßnahmen zurückkehren.“

Doch auch außerhalb der Heimat der Sensationspresse nehmen die Anhänger der Kriegsvergleiche seit langem zu, hier ein paar zur Erinnerung. Hans Joachim Schellnhuber, Klimaberater der deutschen Regierung, sagte: „In diesem Jahrhundert wird es keine friedliche Weltgesellschaft geben, wenn wir den Klimawandel nicht begrenzen können.“ Die seinerzeitige deutsche Entwicklungshilfe-Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul meinte: „Der Klimawandel ist das größte Sicherheitsrisiko“. Und Hans Blix, der ehemalige UN-Waffeninspekteur hielt die globale Erwärmung „für gefährlicher als Massenvernichtungswaffen.“

All das dient vor allem einem propagandistischen Zweck: Wer da noch Vorbehalte hat, ist als Menschenfeind und Kriegstreiber entlarvt. Vokabeln wie „Verteidigungslinie“, „Gnadenfrist“, „Rückzug“ oder „Stillhalteallianz“ durchziehen auch die Berichterstattung der Medien. „Es wird nicht nur ein abstraktes Kriegskonzept, sondern eine konkrete und variationsreiche Militär-Metaphorik in den Zusammenhang integriert“, analysierte es schon vor 20 Jahren der Wissenschaftssoziologe Peter Weingart in seinem Buch „Von der Hypothese zur Katastrophe“. Die britische Sprachwissenschaftlerin Suzanne Romaine spricht von „Greenspeak as warspeak“ (Frei übersetzt: „Grünsprech als Kriegssprech“).

Die Beliebtheit der Kriegsmetaphern ist wohl kein Zufall. Im Prinzip mangelt es seit dem Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 der Politik des Westens an einer mitreißenden Idee, gleichsam einer neuen Utopie. Und diese glaubt man offenbar gefunden zu haben. Der negativen Utopie der Klimakatastrophe soll mit einer gemeinsamen Anstrengung, nämlich dem Projekt der Weltrettung, begegnet werden. Und weil mit Corona die entsprechenden totalitären Strukturen geschaffen wurden, soll es jetzt endgültig ans Durchregieren gehen. Der Soziologe Ulrich Beck bezeichnete die Klimapolitik einmal treffend als eine „Sinnressource für die

delegitimierte und von Vertrauensverlust gezeichnete Politik.“

Nun gut, wenn der alte Charlie und seine Katastrophen-Tanten redundant sein dürfen, dann darf ich das auch. Deshalb hier ein ewig schönes Zitat aus meinem Buch: „Hurra, wir retten die Welt“ von 2007:

Eine Politik, die nicht in der Lage ist, die Krankenkassenbeiträge zu stabilisieren, gibt nun vor, die Welttemperatur in 100 Jahren um zwei Grad regulieren zu können. Und das schöne dabei: Man kann mit dem so genannten Klimaschutz alles rechtfertigen, jedes Verbot, jede Steuererhöhung. Kurz: Man kann die Menschen auf einen Horizont niedriger Erwartungen einstimmen. Also auf etwas, was man ohnehin für geboten hält. Während die Menschen die Stabilisierung der Gesundheitskosten innerhalb einer Wahlperiode überprüfen können, ist eine Erfolgskontrolle beim Klimaschutz – wenn überhaupt – erst in 100 Jahren möglich. Eine beruhigende Aussicht für jeden Politiker, der wiedergewählt werden will.

Das Buch ist im Gegensatz zu Prinz Charles nur noch antiquarisch zu haben, war aber, wie Sie sehen, seiner Zeit weit voraus. Es stimmt noch heute so ziemlich jedes Wort darin.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Weltweite COVID 19 begründete Lockdowns ändern am Anstieg der CO2 Konzentration nichts – WMO fordert trotzdem CO2 Reduktion zu verstärken

geschrieben von Admin | 4. November 2021

von Michael Limburg

Am 31.10.21 soll in Glasgow die vom letzten auf dieses Jahr verschobene UN Klimakonferenz, genannt COP (Conference of the Parties) 26 beginnen. Pünktlich dazu meldete sich die WMO (World Meteorological Organization) mit einer als Schreckensmeldung aufgemachten Pressemitteilung, die für sie eigentlich ein Fiasko ist, denn sie muss vermelden, dass trotz des brutalen weltweiten Lockdowns, die durch die rigide Covid 19 Politik fast aller Regierungen erzwungen wurden, die CO2 Konzentration in der Atmosphäre weiter mit gleichem Tempo wie zuvor steigt.

Der Weg der Schweiz in die Stromlücke – eine Chronologie des Versagens

geschrieben von Admin | 4. November 2021

Der Bundespräsident warnt vor zu wenig Elektrizität. Die Wirtschaftsunternehmen müssen sich gegen Strommangel wappnen. Dabei war die Schweiz einst stolz auf ihre sichere Stromversorgung. Vollmundige Versprechen, falsche Expertise und feiges Schweigen sind die Gründe, dass es soweit kommen konnte.

von Alex Reichmuth

Richard Weber, Chef eines lokalen Elektrizitäts-Unternehmens, ist ernüchtert. Er hat von der Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (Ostral) den Auftrag bekommen,× seine grossen Geschäftskunden über mögliche Engpässe bei der Stromversorgung zu informieren.

«Bis jetzt war die hundertprozentig sichere Versorgung mit elektrischer Energie selbstverständlich», stellt Weber fest. «Es erstaunt mich sehr, mit welcher Gelassenheit die Stromknappheit hingenommen wird, die sich abzeichnet.»

Weber ist nicht allein. Mit ihm sind 700 weitere Verteilnetzbetreiber aufgefordert worden, insgesamt 30'000 Grossbezüger auf mögliche Strom-Kontingentierungen vorzubereiten. Die Unternehmen sollten sich überlegen, wo sie notfalls bis zu 30 Prozent Elektrizität einsparen können, um Netzzusammenbrüche zu verhindern.

Schon 2025 könnte der Strom ausgehen

In der Tat ist die Lage ernst. Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) höchstpersönlich bezeichnet in einem aktuellen Video den Strommangel neben der Pandemie als «grösste Gefahr für die Versorgung der Schweiz». Parmelin stützt sich unter anderem auf eine Studie, die davor warnt, dass der Strom schon 2025 ausgehen könnte. Auch die Elektrizitätskommission (Elcom) spricht von möglichen Versorgungsengpässen schon in wenigen Jahren.



Bundespräsident Guy Parmelin (SVP) warnt in einem Video vor der Stromlücke. Quelle: Ostral

Man reibt sich die Augen. Erst gut vier Jahre ist es her, seit das Stimmvolk «Ja» zum Energiegesetz und zum schrittweisen Atomausstieg gesagt hat. Der Bundesrat und das Parlament hatten dem Volk damals weisgemacht, die Stromversorgung könne durch einen Zubau an erneuerbarer Energie und allenfalls durch Importe gesichert werden.

«Atomkraftverbot war ein Fehler»

Doch jetzt werden Fachleute und Funktionäre immer nervöser angesichts der drohenden Lücke.

«Es war ein Fehler, den Bau neuer Atomkraftwerke grundsätzlich zu verbieten», gab

Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder kürzlich zu. Economiesuisse konnte sich 2017 nicht dazu durchringen, das Referendum gegen das Energiegesetz zu unterstützen.

Bisher war die Schweiz bekannt für ihre sichere, eigenständige und weitgehend CO₂-freie Stromversorgung. Die Atomkraftwerke und die Fluss-Laufkraftwerke sorgten für die Grundabdeckung. Mit dem Wasser, das in den Stauseen gespeichert ist, wurde der Spitzenverbrauch befriedigt. Doch nun muss das Land Stromabschaltungen und Blackouts^x fürchten. Wie konnte es soweit kommen, dass der Schweiz die Versorgungssicherheit abhanden kam?

In Fukushima kam kein einziger Mensch ums Leben

Die fatale Entwicklung begann 2011 nach dem Atomunglück in Fukushima. Dort hatte ein Tsunami zu einer dreifachen Kernschmelze in einem AKW geführt. Es trat viel radioaktives Material aus. Aber gemäss übereinstimmenden Forschungsergebnissen kam kein einziger Mensch ums Leben.

Leuthard – einst als «Atom-Doris» bezeichnet – warf der Atomwirtschaft einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine.

Obwohl der Atomunfall in Japan nichts mit der Sicherheit der Schweizer AKW zu tun hatte, reagierte die Politik überhastet. Nur drei Tage nach der Havarie sistierte die damalige CVP-Bundesrätin Doris Leuthard die drei Rahmenbewilligungsgesuche für neue Kernkraftwerke in Gösgen, Beznau und Mühleberg. Diese waren 2008 beim Bund eingereicht worden.

Leuthard – einst als «Atom-Doris» bezeichnet – warf der Atomwirtschaft von da an einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine. «Wenn so ein Unfall in einem hoch technologischen und fortschrittlichen Land wie Japan geschehen kann, kann es überall passieren», mahnte sie an einer Pressekonferenz – noch bevor man wusste, was in Fukushima genau passiert war.

Die CVP hoffte auf einen Vorteil bei den Wahlen

Schnell bekam Leuthard in ihrem Anti-Atomkurs Support von ihrer Partei. Die CVP hoffte, damit beim verunsicherten Volk auf Sympathie zu stossen und bei den anstehenden nationalen Wahlen punkten zu können. Der Walliser Nationalrat Roberto Schmidt, ein Parteikollege von Leuthard, reichte im Parlament einen Vorstoss ein: Er verlangte vom Bundesrat, generell keine neuen Atomkraftwerke mehr zu bewilligen. Das Parlament überwies den Vorstoss – und der Bundesrat stieg darauf ein.

Die CVP hatte zwar an den Wahlen keinen Erfolg. Aber Leuthard wollte sich ein Denkmal setzen – als diejenige Magistratin, die die ökologische Energiewende durchgesetzt hat. Sie behauptete, der Atomstrom könne durch erneuerbare Energie ersetzt werden (siehe hier).

Rasch sicherte sich Leuthard die Unterstützung im Bundesrat, der damals von einer Frauenmehrheit geprägt war. Künftig war die Energieministerin als Missionarin ihrer «Energierategie 2050» unterwegs. Einwände pflegte sie einfach wegzulächeln.

Support durch willfährige Wissenschaftler

Leuthard verschaffte sich insbesondere den Support willfähriger Wissenschaftler. Ende 2011 publizierte die ETH Zürich, die wichtigste Akademikerschmiede des Landes, eine Studie namens «Energiezukunft Schweiz». Diese bezeichnete den Atomausstieg als «grundsätzlich technologisch möglich» und «wirtschaftlich vertretbar».

«Langfristig wird der europäische Strommarkt vollständig liberalisiert sein, und es gibt keinen Grund zu glauben, die Schweiz würde in diesem Markt ihren Bedarf nicht decken können.» *ETH Zürich, 2011*

Die Studie war von optimistischen bis gewagten Annahmen ausgegangen. So postulierte sie unter anderem, dass die Fahrleistung auf Schweizer Strassen bis 2050 nicht mehr steigt, die Menge an Strom aus Wasserkraft sich deutlich steigern lässt und die Versorgung im Winter mittels Pumpspeicherseen sowie Batterien gesichert werden kann.

Der Bundesrat sprach anfänglich von Gaskraftwerken

Die Studienautoren schlugen die Warnungen vor einer Stromlücke in den Wind. Notfalls könne man Strom importieren. «Langfristig wird der europäische Strommarkt vollständig liberalisiert sein, und es gibt keinen Grund zu glauben, die Schweiz würde in diesem Markt ihren Bedarf nicht decken können», behaupteten die Autoren.

Im April 2012 präsentierte Doris Leuthard die Pläne des Bundesrats für eine Energiewende. Es sollte möglich sein, bis 2050 grosse Mengen an erneuerbarem Strom zu produzieren – vor allem Solarstrom, aber auch Windstrom und Strom aus Geothermie, obwohl von diesen Produktionsformen noch fast oder gar nichts kam.

Der Bundesrat hielt 2012 ausdrücklich fest, dass ein allfälliger «Restbedarf» «mit fossil-thermischer Stromproduktion» gedeckt würde – also mit Gas.

Zudem wurde ein Stromsparpotenzial von 13 Prozent pro Kopf bis 2035 in Aussicht gestellt. Sollte die Versorgung dennoch nicht sichergestellt sein, würde die Schweiz auf Importe abstellen oder fünf bis sieben Gaskraftwerke bauen. Der Bundesrat hielt damals ausdrücklich fest, dass ein allfälliger «Restbedarf» «mit fossil-thermischer Stromproduktion» gedeckt würde – also mit Gas.

Elcom-Präsident Schmid mochte nicht warnen

In der Folge segnete das Parlament die neue Energiestrategie ab. Die CVP spannte dabei mit den Linken zusammen. Die FDP war gespalten: Einige Freisinnige stimmten zu, andere lehnten ab. Nur die SVP war geschlossen gegen die Energiestrategie.

Bei der Elektrizitätskommission wusste man zwar, dass das alles nicht aufgehen konnte. Aber der damalige Elcom-Präsident Carlo Schmid, ebenfalls ein Parteikollege von Leuthard, mochte kaum davor warnen. Die Abschaltung der AKW mache «so lange keine Sorgen, als die Ziele der Energiestrategie 2050 erreicht werden und bei den erneuerbaren Energien genügend aufgestockt wird», gab er zu Protokoll.

Einverständnis der Stromwirtschaft erkaufte

2017 ging es für Doris Leuthard darum, die Zustimmung des Volkes zum Energiegesetz zu bekommen – der ersten Etappe der neuen Strategie, die insbesondere das Verbot neuer AKW umfasste. Leuthard ging geschickt vor. Sie sicherte sich das Einverständnis der Stromwirtschaft zum Energiegesetz, indem sie dieser hohe Subventionen für die inländische Produktion in Aussicht stellte. Das Stillschweigen der grossen Energieunternehmen im Abstimmungskampf war sozusagen erkaufte.

Das Energiegesetz ist «eine ordnungspolitische Sünde, die aber begangen werden muss, um sie möglichst rasch ungeschehen machen zu können».ETH Zürich, 2011

Wichtige Akteure, die die liberalen Prinzipien hätten hochhalten sollen, gingen auf Tauchstation – in der Angst, öffentlich in Verruf zu geraten. Wie erwähnt beschloss Economiesuisse Stimmfreigabe. Die eigentlich liberale «Neue Zürcher Zeitung» bezeichnete das Energiegesetz als «eine ordnungspolitische Sünde, die aber begangen werden muss, um sie möglichst rasch ungeschehen machen zu können». Die FDP beschloss gar die Ja-Parole – explizit im Vertrauen auf die sogenannte Sunset-Klausel im Gesetz, wonach die Subventionierung der erneuerbaren Energie Ende 2022 auslaufen sollte (siehe hier).

Alle Hinweise auf Gaskraftwerke verschwanden

Doris Leuthard schreckte vor Tricks nicht zurück: Kurz vor der Abstimmung verschwanden plötzlich alle Hinweise auf mögliche Gaskraftwerke von den Webseiten des Bundes.

Gaskraftwerke widersprüchen den Klimazielen, behauptete die Energieministerin, um sich das Ja des Stimmvolks zu sichern. Zudem wurde die Publikation einer Studie des Paul-Scherrer-Instituts (PSI) zu den Potenzialen und Kosten der verschiedenen Stromproduktionsarten

verhindert. Die Studie war zum Schluss gekommen, dass Atomstrom am kostengünstigsten und klimafreundlichsten ist.

Das Volk glaubte den Versprechungen über eine neue Energiezukunft – und sagte im Mai 2017 mit 58 Prozent Ja zum Energiegesetz. Die Studie des PSI erschien ein halbes Jahr nach der Abstimmung – und enthielt nun den Hinweis, dass der Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz verboten sei. verboten sei.

PSI-Studie Hirschberg.pdf

Stromimporte sind in Frage gestellt

Seit der Abstimmung ist die Energiepolitik des Bundes in immer grössere Schwierigkeiten geraten. Der Ausbau des erneuerbaren Stroms kommt nicht vom Fleck – insbesondere wegen der Flut an Einsprachen gegen neue Wasser- und Windkraftwerke. Und es wird immer klarer, dass sich die Schweiz nicht auf Importe verlassen kann, weil die Nachbarstaaten voraussichtlich bald selber zu wenig Strom haben. Akzentuiert wurde die Situation durch das Scheitern des Rahmenabkommens mit der EU im letzten Mai. Dadurch ist das ersehnte Strommarktabkommen mit der Europäischen Union in weite Ferne gerückt. Es dämmert in der Schweiz, dass sich das Land selber um eine sichere Versorgung kümmern muss.

Es schleckt keine Geiss weg, dass Gaskraftwerke die CO₂-Bilanz der Schweiz deutlich verschlechtern würden.

Schon Ende letzten Jahres brachte der Bundesrat darum die Gaskraftwerke wieder ins Spiel. Diese sollten möglich werden, wenn ihr Klimagas-Ausstoss kompensiert werde. Doch es schleckt keine Geiss weg, dass Gaskraftwerke die CO₂-Bilanz der Schweiz deutlich verschlechtern würden.

Zusicherung für Subventionsstopp vergessen

Im Juni dieses Jahres unternahm die neue Energieministerin, Bundesrätin Simonetta Sommaruga(SP), mit dem vorgelegten Stromversorgungsgesetz einen neuen Anlauf, die drohende Elektrizitätslücke abzuwenden. Doch ihre Versuche, die inländische Produktion mittels neuen Investitionsbeiträgen zu erhöhen, überzeugen nicht. Fast alle Stromfachleute sind sich einig, dass das niemals ausreicht.

Ungenügende Vorschläge: SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga

Überhaupt ist die Zusicherung, nach 2022 auf Subventionen für Ökostrom zu verzichten, längst vergessen. Das Parlament sagte dieses Jahr Ja zu

neuen Förderbeiträgen – aufgeschreckt durch die immer lautereren Warnungen vor einer Stromlücke.

Die Planung neuer AKW könnte weit fortgeschritten sein

Die letzten zehn Jahre der Energiepolitik waren somit geprägt von profilierungssüchtigen Politikern, vollmundigen Versprechen, falscher Expertise und feigem Schweigen. Fast alle hängten der Illusion einer neuen Stromwirklichkeit nach. Es war ein verlorenes Jahrzehnt, was die Sicherung der Stromversorgung angeht – eine Chronologie des Versagens.

Hätten die politischen und wirtschaftlichen Akteure nach «Fukushima» besonnen reagiert und dem Volk reinen Wein über die Strom-Optionen eingeschenkt, wäre die Planung oder sogar der Bau von Ersatz-Kernkraftwerken wohl schon weit fortgeschritten. Und die Schweizer Stromkunden müssten sich nicht auf eine Zukunft mit Strommangel und Blackouts vorbereiten.

Der Beitrag erschien zuerst im Schweizer Nebelspalter hier